

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 4. Mai 1988

am Donnerstag, dem 5. Mai 1988

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bindig (SPD)	1, 2	Lowack (CDU/CSU)	60
Borchert (CDU/CSU).	3, 4	Dr. Mechttersheimer (DIE GRÜNEN)	66, 67
Brauer (DIE GRÜNEN)	29, 30	Menzel (SPD).	22, 23
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	48, 49	Müller (Schweinfurt) (SPD)	52, 53
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	25, 26	Frau Olms (DIE GRÜNEN)	42, 43
Duve (SPD)	31, 32	Scherrer (SPD)	19, 20
Frau Eid (DIE GRÜNEN).	40, 41	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	68, 69
Eigen (CDU/CSU)	56, 57	Schreiner (SPD)	34, 35
Engelsberger (CDU/CSU)	17, 18	Dr. Sperling (SPD)	54, 55
Gansel (SPD)	46, 47	Stahl (Kempfen) (SPD)	36, 37
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	27, 28	Stiegler (SPD)	38, 63
Hinsken (CDU/CSU).	11, 12	Frau Unruh (DIE GRÜNEN)	9, 10
Dr. Hirsch (FDP)	13, 14	Verheugen (SPD)	7, 8
Dr. Hitschler (FDP).	50, 51	Weiermann (SPD)	21, 39
Hüser (DIE GRÜNEN)	44, 45	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP).	33
Jungmann (SPD)	16	Frau Weyel (SPD)	64, 65
Kastning (SPD)	58, 59	Dr. de With (SPD)	5, 6
Kirschner (SPD)	61, 62	Wüppesahl (fraktionslos)	15, 24

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr.	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft.	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.	12

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordneter
Bindig
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in ländlichen Regionen die Telefonzellen in starkem Maße eine Aufgabe als Notrufstellen haben, und warum sollen nach den Planungen der Deutschen Bundespost dennoch Telefonzellen in diesen Regionen als „unwirtschaftlich“ abgebaut werden, statt sie auch aus diesem Grunde zu erhalten?
2. Abgeordneter
Bindig
(SPD)

Kann die Bundesregierung angeben, wie viele und welche Telefonzellen als sogenannte unwirtschaftliche Telefonzellen nach den Planungen der Deutschen Bundespost in den Landkreisen Biberach, Ravensburg und Bodenseekreis abgebaut werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

3. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU)

Inwieweit verfügt die Bundesregierung über Unterlagen, ob und in welchem Umfang Versuche mit dem sogenannten Elsbett-Motor getätigt werden, und wenn ja, welche Ergebnisse liegen über die Verwendung von Pflanzenölen als Dieselloßersatz insbesondere in bezug auf die unterschiedliche Umweltbelastung vor?
4. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und wenn ja, in welchem Umfang Lizenzen für den Elsbett-Motor im Ausland vergeben worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

5. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Hält die Bundesregierung Lehrverträge für zulässig bzw. angemessen, in denen folgende Klausel enthalten ist: „Bitte überlegen Sie sich vor Unterzeichnung dieses Vertragsangebots nochmals sehr genau, ob Sie wirklich bei uns die Ausbildung zum Industriekaufmann absolvieren wollen. Ein Rücktritt vom Vertrag wäre für beide Seiten sehr teuer, denn wir müßten Ihnen dann für die Suche einer/eines Ersatz-Kandidatin/-Kandidaten mindestens 1 000 DM als Kostenerstattung berechnen.“?
6. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Wenn nicht, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um solche Lehrverträge mit derartigen Klauseln zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|--|
| 7. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) | Womit begründet die Bundesregierung ihre Beurteilung, Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien seien nicht Folge staatlich angeordneter Gewalt, angesichts des neuesten Berichts von amnesty international, der hauptsächlich die Führung der Streitkräfte zahlreicher politischer Morde anklagt? |
| 8. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) | Welche Maßnahmen zieht die Bundesregierung in Betracht, um eine Beendigung der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien zu bewirken? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

- | | |
|--|---|
| 9. Abgeordnete
Frau Unruh
(DIE GRÜNEN) | Wie viele Zivildienstleistende verrichten derzeit ihren Dienst in Alten- und Pflegeheimen und wie viele in „Sozialstationen“, die mit der ambulanten Betreuung alter Menschen befaßt sind? |
| 10. Abgeordnete
Frau Unruh
(DIE GRÜNEN) | Welche vorbereitenden und/oder begleitenden Lehrgänge und Schulungen sind vom Gesetzgeber vorgesehen, um Zivildienstleistende auf ihre Arbeit in Alten- und Pflegeheimen bzw. „Sozialstationen“ vorzubereiten? |
| 11. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Trifft es zu, wie der Landesverband des Bayerischen Einzelhandels und der Landesjagdverband Bayern behaupten, daß das Fleisch des sogenannten australischen Wildschweines im Ursprungsland auf Grund seiner minderen Qualität nicht zum menschlichen Verzehr zugelassen ist, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daher aus lebensmittelrechtlichen Erwägungen zu ziehen, weil die Minderwertigkeit dieses Fleisches in der Bezeichnung „australisches Wildschweinfleisch“ nicht zum Ausdruck kommt? |
| 12. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß zumindest, wie behauptet wird, ein namhaftes Großhandelsunternehmen Fleisch vom australischen Wildschwein lediglich unter der Bezeichnung „Wildschwein“ am Markt anbietet, und welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung daraus zu ziehen, auch im Hinblick auf die Aufklärung des Letztverbrauchers? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

13. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Zustand der Rast- und Gaststätten an der Autobahn, die sämtlich der zu 100 % im Bundesbesitz befindlichen „Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahn mbH“ gehören?
14. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Welche Fortschritte zur Privatisierung dieser Gesellschaft sind seit dem Kabinettsbeschluß von 1985 erreicht worden?
15. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Gibt es Richtlinien, Kriterien, Anordnungen oder Gepflogenheiten, wonach Linienmaschinen des staatlichen Unternehmens „Lufthansa“ ihren Startzeitpunkt verschieben können, wenn – wie konkret geschehen – der amtierende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Henning Schwarz, am 27. April 1988 einige Minuten verspätet am Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel eintrifft, deshalb die Maschine verspätet startet und dadurch mit Verspätung ihren Zielort erreicht?
16. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, alle bisherigen Haltepunkte für Intercity-Züge der Deutschen Bundesbahn in Schleswig-Holstein bis in die 90er Jahre hinein zu erhalten, und wenn nein, ab wann müßte mit dem Wegfall z. B. Neumünsters als Haltepunkt für Intercity-Züge gerechnet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

17. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die französische Strahlenschutzbehörde eine Informationskarte über die allgemeine Strahlenbelastung folgenden Inhalts herausgegeben hat: Natürliche Strahlung beträgt 100 Millirem, einmaliges Röntgen beträgt 100 Millirem, Uhren, Fernsehen usw. betragen 5 Millirem, Nuklearindustrie beträgt 1 Millirem (gleich einer jährlichen Gesamtsumme von ca. 200 Millirem), während im Vergleich dazu die Schadstoffwirkung des Zigarettenrauchens bei Konsum einer Zigarette einer Strahlenbelastung von 5 Millirem, einer Packung Zigaretten einer Strahlenbelastung von 100 Millirem und einer Packung pro Tag im Jahr einer Strahlenbelastung von 40 000 Millirem entspricht?
18. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung diese Werte bestätigen, und welche Konsequenzen zieht sie bejahendenfalls aus dieser Schadstoffwirkung des Zigarettenrauchens auf den Menschen?

19. Abgeordneter
Scherrer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es zur Zeit noch keine Verfahren gibt, durch die raffinieretechnisch der Nickelgehalt in schwerem Heizöl reduziert werden kann?
20. Abgeordneter
Scherrer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch Anforderungen an Nickelemissionen durch die TA Luft – da es keine technische Verfahren gibt, Nickel abzusondern – die Bundesrepublik Deutschland von einem Teil des Weltrohölmarktes abgeschnitten und in der Versorgungsflexibilität beeinträchtigt ist?
21. Abgeordneter
Weiermann
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, den Zustand zu ändern, daß z. B. die Großfeuerungsanlagenverordnung für Raffinerien Rauchgasentschwefelung vorschreibt, obwohl das gleiche Ergebnis auch durch andere, wesentlich kostengünstigere Verfahren erreicht werden kann?
22. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einer Studie der EG-Kommission durch die unterschiedlichen Umweltschutzbestimmungen in den EG-Staaten die deutschen Raffinerien gegenüber der europäischen Konkurrenz einen Kostennachteil haben, der 1985 4,00 DM/Tonne betrug und bis zum Jahre 1993 auf etwa 14,00 DM/Tonne ansteigen wird?
23. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihre Präsidentschaft in der EG zu nutzen, um darauf hinzuwirken, daß durch Anhebung der Umweltschutzbestimmungen in den anderen EG-Staaten auf deutsches Niveau diese Benachteiligung aufgehoben wird?
24. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Treffen Darstellungen – u. a. mit Bezugnahme auf die Sozialministerin des Landes Schleswig-Holstein – zu, wonach die Androhung einer Weisung – in Form eines Bundeszwangs – durch den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Raume gestanden haben, angekündigt oder angedroht worden sein soll für den Fall, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein nicht den Verwaltungsakt zur Dauerbetriebsgenehmigung des Atomkraftwerks Krümmel in Geesthacht-Krümmel erteilt hätte oder erst nach der nächsten Landtagswahl in meinem Heimat-Bundesland hätte erteilen wollen?
25. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über den Stand des Genehmigungsverfahrens des Modulreaktors (HTR 100) in Niedersachsen vor, und kann die Bundesregierung es ausschließen, daß es in dieser Legislaturperiode noch zu einer Standortgenehmigung kommen wird?

26. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung den Bau und den Einsatz von Modulreaktoren (HTR 100) in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahrtausend noch für wünschenswert, und wie unterstützt die Bundesregierung Exportanstrengungen/-wünsche der Industrie bezüglich dieses Reaktortyps?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

27. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Welche Gründe haben die Bundeszentrale für politische Bildung bewogen, das Buch von Lothar Uhlamer „Zeitgenössische Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt“ an wen zu verbreiten?
28. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es sich um ein rechtsextrem argumentierendes Pamphlet handelt, wie dies vom PEN-Club festgestellt wurde, und welche Konsequenzen wird sie hieraus gegebenenfalls ziehen?
29. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe veranlaßten die Bundesregierung Mitte letzten Jahres, das fertiggestellte Gutachten „Fankultur und Fanverhalten“ mit dem Hinweis zur Überarbeitung an die Gutachter zurückzugeben und einer Veröffentlichung nicht zuzustimmen, wenn diese Korrekturen nicht vornehmen würden?
30. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Rechtsgrundlage werden auf internationaler Ebene „sicherheitsrelevante Fakten“ über einreisende Fußballfanggruppen anlässlich der Fußball-EM 1988 an die zuständigen Polizeibehörden der Länder übermittelt?
31. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- In welcher Form und mit welchen Veranstaltungen plant die Bundesregierung, 1989 den 75. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges zu würdigen?
32. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- In welcher Form und mit welchen Veranstaltungen plant die Bundesregierung, 1989 des 50. Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, und werden daran auch Angehörige von Völkern der damaligen Kriegsgegner, Vertreter von Vereinigungen von Opfern und Verfolgten des Nationalsozialismus sowie Mitglieder von Exilvereinigungen beteiligt sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

33. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ein Amtsankläger oder eine ähnliche Einrichtung in Sachen Verschwendung öffentlicher Mittel eine Besserung der Situation erreichen könnte, und plant sie gegebenenfalls dahin gehende Initiativen für die laufende Wahlperiode?
34. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung der Auffassung des designierten Verteidigungsministers Rupert Scholz zu, wonach die Wiedereinführung der Todesstrafe im Kriegsfall zulässig sein soll?
35. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung von Professor Dr. Rupert Scholz, wonach auch in Friedenszeiten die Wiedereinführung der Todesstrafe dann in Betracht kommen kann, wenn der Schutz gleichrangiger Rechtsgüter dies erfordert, und welche konkreten Sachverhalte könnten dabei in Betracht kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

36. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie soll nach Ansicht der Bundesregierung die Einführung der Quellensteuer an der Quelle zum 1. Januar 1989 durch die EDV-Anlagen der Sparkassen – als Eigenanwender Sparkassen, die keinem Rechenzentrum angeschlossen sind – organisatorisch bewältigt werden, wenn nach dem Gesetz jede Zinszahlung nach dem Inkrafttreten der Quellensteuerpflicht, z. B. Termineinlagen, Sparkassenbriefe oder vorzeitige Auflösungen von Konten, der Besteuerung unterliegt?
37. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Ist die bisher vom Bundesminister der Finanzen geäußerte Meinung, daß die Programme der Berechnung der neuen Steuerart erst am 31. Dezember 1989 bei den Zinsgutschriften verfügbar sein müssen, unter dem Gesichtspunkt einer steuergerechten sowie EDV-gerechten Abwicklung, die sechs bis neun Monate Vorlaufzeit erfordert, vertretbar, und wann werden die mit der Steuereinführung notwendigen Durchführungsbestimmungen den Sparkassen und Banken zugestellt?
38. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Frage des Mißbrauchs rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten bei Geschäftsveräußerungen in Form des Einbringens land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in Personengesellschaften, und welche Umsatzsteuerbeträge sind für Vorgänge dieser Art inzwischen zurückerstattet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

39. Abgeordneter
Weiermann
(SPD)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um zu gewährleisten, daß bis zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes sichergestellt ist, daß in allen EG-Staaten unter einheitlichen Bestimmungen (auch Umweltauflagen) produziert wird?
40. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß ihre Exportgenehmigungen für Waren aus Teil I, Abschnitte A, B und C der Ausfuhrliste zur Außenwirtschaftsverordnung im Widerspruch stehen zur Einhaltung des verbindlichen Rüstungsembargos gegenüber Südafrika, und trifft es zu, daß sie deshalb – im Unterschied zur bisherigen Praxis – nicht einmal den Gesamtumfang der erteilten Genehmigungen für Südafrika und das besetzte Namibia dem Deutschen Bundestag mitteilen mag?
41. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Welche internationalen Proteste gegen die Exportgenehmigungen für Südafrika hat es bisher gegeben, und fürchtet die Bundesregierung bei einer Offenlegung der bisherigen Genehmigungspraxis eine abermalige Verurteilung durch internationale Staatenorganisationen und UNO-Gremien, wie es sie in der Vergangenheit mehrfach gegeben hat?
42. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch war der Wert der Genehmigungen für die Ausfuhr von Waren gemäß Ausfuhrliste Teil I, Abschnitte A, B und C für Südafrika und das südafrikanisch besetzte Namibia im Jahr 1987?
43. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN)
- Welche Änderung in ihrer Politik veranlaßt die Bundesregierung, Fragen nach dem Umfang der für den Export nach Südafrika erteilten Genehmigungen im Unterschied zu früheren Jahren nicht mehr zu beantworten (vgl. Drucksache 11/2120, Frage 5)?
44. Abgeordneter
Hüser
(DIE GRÜNEN)
- Sieht der Bundesminister für Wirtschaft in den Bemühungen der EG-Kommission, einen Richtlinienvorschlag zur Koordinierung der rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung von „Einmanngesellschaften“ vorzubereiten, eine Diskriminierung von Frauen, die vielleicht ebenfalls als Einzelpersonen eine Firma gründen wollen?
45. Abgeordneter
Hüser
(DIE GRÜNEN)
- Wie viele Frauen sind bei der in der Bundesrepublik Deutschland geläufigen Form der „Einmanngesellschaft“ nach Schätzung oder Wissen des Bundesministers für Wirtschaft alleinige Firmeninhaberinnen?

46. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Einsatz von Giftgas aus ehemaligen deutschen Wehrmachtsbeständen im iranisch-irakischen Krieg – wie von der Frankfurter Rundschau am 28. April 1988 berichtet – und über die Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland an der Giftgasproduktion des Irak?
47. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Waffenlieferungen der Firma Heckler & Koch an die Contras in Nicaragua und über andere Waffenlieferungen dieser Firma an Staaten des Nahen und Mittleren Ostens?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

48. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Welche Tatsachen tragen die Entscheidung der Bundesregierung, das Gebäude der seit 1952 bestehenden und ohne Sicherheitsprobleme arbeitenden Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen jetzt für nahezu 2,5 Millionen DM mit u. a. einem über 2,50 Meter hohen Zaun, Fernsehüberwachung und Beleuchtung abzusichern?
49. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Wenn Sicherheitsüberlegungen eine Rolle gespielt haben sollten, auf welche Tatsachen werden diese zurückgeführt?
50. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Liegen der Bundesregierung Informationen über die bei Rindern und Schafen wahrscheinlich durch einen Virus hervorgerufenen Krankheitsbilder der bovinen spongiformen Enzephalopathie sowie der Scrapie-Infektion, insbesondere über die Anzahl der in der Bundesrepublik Deutschland auftretenden Fälle dieser Krankheiten, vor?
51. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Welche Maßnahmen sind gegen das Einschleppen dieser Krankheiten, z. B. durch die Einfuhr von infizierten Tieren, erforderlich, und was wurde bisher dagegen unternommen?
52. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, der Forderung vieler Verbraucher nachzukommen und sich dafür einzusetzen, daß Eier in Zukunft nicht nur mit dem Abpackdatum, sondern auch mit dem Lege datum als Frischenachweis gekennzeichnet werden dürfen?

53. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die für eine solche Kennzeichnungsmöglichkeit auf EG-Ebene erforderliche Rechtsänderung durchzusetzen, und bis wann glaubt sie, ein entsprechendes Verfahren zum Abschluß bringen zu können?
54. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Gleichbehandlung von Suppenhennen und Deckbullen in § 5 des Gesetzesantrages des Freistaates Bayern (BR-Drucksache 164/88) für sachlich gerechtfertigt?
55. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Differenzierung mit einem Faktor von 0,05 bei der Umrechnung von Lebendgewicht in Schlachtgewicht zwischen Masthähnchen und Mastgänsen angemessen?
56. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grund ist es nach Meinung der Bundesregierung möglich, daß die Schweinefleischpreise innerhalb der Europäischen Gemeinschaft um über 50 v. H. differieren, und was blockiert den Handel mit Schweinefleisch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft?
57. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung den Wettbewerb im Ölsaatenbereich in Norddeutschland gefährdet, nachdem die Ölmühle Thörl in Hamburg-Hamburg geschlossen wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

58. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Müssen Kunden-Einkaufswagen in Warenhäusern, Einkaufszentren und Einzelhandelsgeschäften bei ihrer Markteinführung durch den Hersteller von irgendeiner damit beauftragten Stelle zugelassen werden bzw. bestimmte Sicherheitsnormen erfüllen, und um welche handelt es sich?
59. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für erforderlich, daß längere Zeit in Gebrauch befindliche Einkaufswagen hinsichtlich ihrer Unfallsicherheit und der Hygiene einer regelmäßigen Wartung und Reinigung unterzogen werden?
60. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend dem Beschluß des Bundesrates vom 18. März 1988 die Einführung einer Ausgleichszulage in § 48b BVG zu initiieren, mit der die Witwen von Schwerstkriegsbeschädigten (Pflegezulagestufen III bis VI) eine Kriegsopferversorgung in Höhe von wenigstens 50 v. H. der von den Beschädigten zuletzt bezogenen Beschädigtenversorgung erhalten sollen?

61. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg, daß das Fettlösemittel Perchloräthylen (Per) als „krebserregend“ einzuschätzen ist?
62. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist sie gegebenenfalls bereit, darauf hinzuwirken, daß zumindest in metallverarbeitenden Betrieben die Verwendung von Per untersagt wird und der MAK-Wert von Per entsprechend den Einschätzungen des Bundesgesundheitsamtes (Gesundheitsgefährdung bei 5 mg pro cm³ Raumluft) entsprechend abgesenkt wird?
63. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeitsmarktentwicklung in der nördlichen Oberpfalz vor dem Hintergrund jüngster Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, und was wird sie unternehmen, um insbesondere in ihrem Verantwortungsbereich durch Dezentralisierung von Arbeiten bei Bahn, Post, Bundeswehrverwaltung und anderen Bundeseinrichtungen der Abwanderung jüngerer qualifizierter Arbeitskräfte entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

64. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Wehrpflichtige zum Teil drei Monate nach Dienstantritt noch keine vollständige Ausrüstung erhalten haben und immer wieder Engpässe auch bei kleinen Gebrauchsgegenständen, z. B. Schuhbändern und ähnlichem, auftreten?
65. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, auf der Grundlage der Musterungen auch bei Sondergrößen vor der Einberufung Vorkehrungen zu treffen, daß die Wehrpflichtigen nach ihrer Einberufung sofort eingekleidet werden können?
66. Abgeordneter
Dr. Mecktersheimer
(DIE GRÜNEN) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus einem neuen Umfrageergebnis des INFAS-Institutes, wonach 62 v. H. der Bundesbürger für ein Verbot von Tiefflügen über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eintreten?
67. Abgeordneter
Dr. Mecktersheimer
(DIE GRÜNEN) Ist aus der Tatsache, daß die Bundesregierung auf die Frage nach einer möglichen Freisetzung von Plutonium beim Absturz eines Flugzeuges auf eines der sechzig vergleichsweise schwach geschützten Atombunker nicht eingeht, zu schließen, daß ein solches Risiko nicht gegeben ist (siehe Antwort in der Fragestunde vom 14. April 1988, Plenarprotokoll 11/71)?

68. Abgeordnete
**Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Angehörige der deutschen Bundeswehr (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften), in Uniform oder in Zivil, am sogenannten Zwei-Tage-Marsch, der im Mai vom Unteroffiziersverband der Stadt Bern (Schweiz) durchgeführt wird, teilnehmen werden?
69. Abgeordnete
**Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)**
- Wie begründet die Bundesregierung, für den Fall der Teilnahme von Angehörigen der deutschen Bundeswehr, diese Teilnahme bei gleichzeitiger Anwesenheit einer südafrikanischen Militärdelegation?

Bonn, den 29. April 1988

